



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 8. Dezember 2021

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 174, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Beschlüsse:

### FINANZDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 029. und 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Përparim Avdili (FDP):** In den Anträgen 029. und 030. geht es um die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG). Über diese Stiftung sprachen wir bereits bei deren Revision der Stiftungsstatuten. Schon damals versuchte die FDP-Fraktion mit ihren Anträgen darauf hinzuwirken, dass die Stadt kein weiteres Geld mehr aus dem Steuertopf der Stadt für Investitionen der Stiftung einsetzt, die dadurch nicht abgeschrieben werden. Diese zusätzlichen Investitionen braucht es nicht. Es wurde heute im Rat gesagt, es brauche die Wohnbaustiftungen, um neuen Wohnraum zu schaffen. An der Stelle möchte ich aber klarstellen, dass mit diesen Stiftungen nicht hauptsächlich neuer Wohnraum geschaffen wird, sondern schlicht die Eigentümer gewechselt werden, ohne dass dabei mehr Wohnraum geschaffen wird. Die konkreten Zahlen zeigen, wer mehr Wohnraum schafft: Es sind vor allem Private. Wir stellen den Antrag, auf die Investition von 5 Millionen Franken zu verzichten. Das gilt auch für die Abschreibungsbeiträge. Bräuchte die Stiftung PWG Investitionen, die sie nicht innerhalb ihres Eigenkapitals finanzieren kann, wäre die Stiftung PWG in der Lage, aufgrund ihrer Bücher diese Finanzierung selbständig auf dem Markt zu organisieren. Dazu braucht es keine Subventionen des Staates. Ich möchte vor allem Walter Angst (AL) einladen, die Gelegenheit zu nutzen, sich an sein eigenes Wort zu halten. Die Stiftung PWG ist demnach nicht mehr auf die Abschreibungsbeiträge angewiesen, weil die PWG mit einem Portfolio von 1,5 Milliarden Franken erfolgreich selbstständig wirtschaftet. Unterstützen Sie den Antrag, damit es keine Investitionsbeiträge gibt. Es braucht sie nicht und auch auf die Abschreibungsbeiträge kann verzichtet werden.



**Renate Fischer (SP):** Die Investitionsbeiträge an die Stiftung PWG helfen, die Mieten der PWG moderat zu halten. Das entspricht dem Volksauftrag, der mehr bezahlbaren Wohnraum fordert. Die Investitionsbeiträge von 5 Millionen Franken fliessen in die städtische Investitionsrechnung. Sie werden über mehrere Jahre abgeschrieben. Dieser Abschreibungsteil fliesst direkt als Kosten ins Budget ein. Deshalb gehören die Anträge 030., der Investitionsbeitrag, und der Antrag 029., die planmässige Abschreibung, zusammen. Es ist richtig, dass die PWG keine Wohnungen erstellt, sondern bestehenden Wohnraum der Spekulation entzieht. Die PWG leistet damit aber einen wichtigen Beitrag zu bezahlbaren Wohnungen und bezahlbarem Gewerberaum in der Stadt Zürich. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) schätzt den Beitrag der PWG und lehnt beide Anträge ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** Die GLP steht hinter dem System PWG. Ich muss sowohl den Mehrheits- wie auch den Minderheitsreferenten korrigieren: Die PWG schafft unterdessen auch selbst Wohnraum. In Seebach nutzt sie ein grosses Bürohaus zu Wohnungen um. Die Stiftung erhält also nicht nur Wohnungen, sondern schafft auch neue Wohnungen.

**Walter Angst (AL):** Wertet man die neuste Medienmitteilung vom Oktober zu den Abschreibungsbeiträgen vom Finanzdepartement aus, erhält man eine schöne Statistik. Ich glaube es wäre gut, wenn die FDP diese wahrnehmen würde. Albert Leiser (FDP) will mit der Stiftung Alterswohnungen in eine ähnliche Richtung gehen. Es wurden 24 Wohnungen gekauft, die über Abschreibungsbeiträge ausgezahlt wurden. Der Kauf dieser Wohnungen erfolgte zu einem Preis von etwa 840 000 Franken. Das ist ein vernünftiger Preis. Es gab einen Abschreibungsbeitrag von im Schnitt etwa 15 Prozent. Dieser Beitrag ermöglichte es, den Kaufpreis etwas zu senken, sodass die Mieten weitergeführt werden können. Es ist das Versprechen der PWG, die Mieten nach einem Kauf nicht zu erhöhen. Will man, dass die PWG auch in Quartieren wie Hirslanden so agieren kann, muss man mit den Abschreibungsbeiträgen arbeiten können, sonst würde die Kostenrechnung der PWG im Prinzip auseinanderlaufen. Über die jährlichen Beiträge der Mieterinnen und Mieter, dank denen die PWG wachsen kann, ist der Mieter sozusagen eine Quelle des bezahlbaren Wohnraums und deren Erhaltung. Das ist ein vernünftiges Modell und soll so weitergeführt werden. Wir werden später darüber diskutieren, wie weit das bei der Stiftung Alterswohnungen (SAW) und der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) möglich ist. Die PWG hat zwar keine subventionierten Wohnungen, aber das Modell der PWG funktioniert dennoch. Deshalb sind die 5 Millionen Franken sicher gut eingesetzt. Die PWG hat eine Kauforganisation mit einer bestimmten Kapazität – auch bei einem Liegenschafts Kauf in der Stadt gibt es Grenzen. Das Modell der PWG ist sinnvoll.

**Martina Zürcher (FDP):** Es irritiert mich, wenn Walter Angst (AL) sagt, bei den Wohnungen der PWG handle es sich um nicht subventionierte Wohnungen. Wenn 5 Millionen Franken Steuergelder in die Wohnungen gesteckt werden, um die Mieten zu vergünstigen, sprechen wir sehr wohl von einer Subvention. Hier liegt auch der



3 / 41

*Unterschied zu der SAW: Bei der PWG werden Steuergelder eingesetzt, um die Mieten zu verbilligen und trotzdem können weiterhin Millionäre in diesen Wohnungen wohnen. Darin sehen wir ein Problem.*

**Ernst Danner (EVP):** *Wenn man mit Steuergeldern nicht subventionierte Wohnungen, sondern allgemeinen Wohnungsbau unterstützt, entsteht eine hybride Situation. Wir haben dann weder Fisch noch Vogel; es wird zwar städtisches Geld eingesetzt, aber nicht im Sinne einer Subvention – eigentlich ist es aber eine Subvention. So werden normale gemeinnützige Wohnungen zu subventionierten Wohnungen. Das stellt aus unserer Sicht eine Benachteiligung der restlichen Bevölkerung dar. Steuergelder für nicht subventionierte Wohnungen einzusetzen, bedeutet eine Verletzung des Rechtgleichheitsprinzips. Wir möchten klare Verhältnisse. Die Unterscheidung zwischen allgemeinem Wohnungsbau und subventionierten Wohnungsbau soll beibehalten werden, auch wenn es um die PWG geht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements zu den Anträgen 029. bis 033. Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Mit Blick auf die Wohnungsnachfrage und auch auf die Initiative der SVP war zu erwarten, dass die Abschreibungsbeiträge auf das Tapet kommen. Die PWG rechnet mit den 5 Millionen Franken. Man kann darüber streiten, wie weit dieses Geld direkt eine Verbilligung der aktuellen Mieten bewirkt. Die Stiftung ist politisch seit Jahren so abgestützt und es mit der PWG auch so vereinbart, dass sie auf der Basis einer Verzinsung diese Beiträge erhält. Die anderen Wohnbaustiftungen erwerben nicht im gleichen Sinn wie die PWG Liegenschaften – ich kann mich nicht erinnern, dass die SAW auf dem freien Markt je Liegenschaften erworben hätte. Die SEW erwirbt Liegenschaften in einem viel geringeren Ausmass als die PWG und die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien erwarb in den letzten zehn Jahren eine einzige Liegenschaft. Wenn man ein solches Instrument einführt, müssen auch entsprechende Kauforganisationen vorhanden sein. Die Stadt wird intern darauf achten, dass keine Parallelorganisation entsteht. Sprechen Sie der SAW und der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien die Mittel, ist aber klar, dass sie sich auf diese einrichten. Die SEW könnte fehlende Beträge am ehesten absorbieren, sie wird allenfalls Anträge stellen. Die ursprünglich angedachten Beträge von je 5 Millionen Franken sind mehr Wunschdenken, als das sie real abgeschöpft werden können. Insofern bin ich auch froh, dass im Rahmen der Deals von linksgrüner Seite die Beträge gesenkt wurden. Es gilt genau hinzusehen, was eine Organisation tatsächlich macht und wie sie Einzelliegenschaften erwerben kann. Hier soll aber einfach ein Zeichen gesetzt werden, ohne genau hinzusehen.*



S. 162	<b>20</b> <b>2000</b> <b>3660 40 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzdepartement Departementssekretariat</b> <b>Planmässige Abschreibungen Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>029.</b>	Antrag Stadtrat				3 243 000 Mehrheit 303 000 N	Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			303 000		3 243 000 Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Wenn keine Beträge gesprochen werden, werden auch nicht mehr Abschreibungen notwendig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Wortmeldungen siehe Antrag 029.

S. 165	<b>20</b> <b>2000</b> <b>563108</b> <b>5640 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzdepartement Departementssekretariat</b> <b>Abschreibungsbeiträge an Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften</b> <b>Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>030.</b>	Antrag Stadtrat				5 000 000 Mehrheit	Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			5 000 000		0 Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Kein Anheizen des Immobilienmarkts durch Steuergelder			



5 / 41

Ausstand: Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 031.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Die Annahme des Drittelsziels – der sogenannte wohnbaupolitische Grundsatzartikel – mit 76 Prozent Ja-Stimmen ist fast auf den Tag genau zehn Jahre her. Der Artikel verlangt, dass die Behörden bis zum Jahr 2050 für einen Drittel bezahlbare, also gemeinnützige Wohnungen sorgt. Seither ist beim prozentualen Anteil leider nicht wahnsinnig viel passiert. Es entstanden zwar einige gemeinnützige Wohnungen, gleichzeitig entstanden aber auch sehr viele gewinnorientierte Wohnungen. Aus diesem Grund stagniert der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen im Wesentlichen bei 26,5 Prozentpunkten. Das heisst aber nicht, dass wohnbaupolitisch in den letzten zehn Jahren nichts passiert ist. Auf dem Immobilienmarkt gab es enorme Entwicklungen: Immobilienkonzerne und Anlagegefässe wie Pensionskassen kauften im grossen Stil Wohnungen und erhöhten ihren Wohnungsbestand von 54 000 Wohnungen auf 73 000 Wohnungen. Das zeigt, wie enorm hoch das Transaktionsvolumen ist. Ebenfalls gestiegen sind die sogenannten Angebotsmieten. Wer heute in Zürich eine Wohnung sucht, muss fast doppelt so viel zahlen, wie das noch vor 20 Jahren der Fall war. In den letzten 20 Jahren stiegen die sogenannten Angebotsmieten um 85 Prozent, sie haben sich also fast verdoppelt. Aus Sicht der SP ist der Handlungsbedarf deshalb immens. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist riesig, insbesondere auch für ältere Menschen und Familien. Im Rahmen dieses Budgets beantragt Ihnen die SP deshalb, dass wir je 5 Millionen Franken allen städtischen Wohnbaustiftungen für Abschreibungsbeiträge zur Verfügung stellen, so wie das bereits heute bei der PWG der Fall ist. Diese Instrumente haben sich bei der PWG bewährt. Die PWG kauft Wohnungen mit einem Abschreibungsbeitrag. Sie befindet sich damit in einer Art Zwischenstufe; die Wohnungen gelten nicht als subventioniert im Sinne der kantonalrechtlichen Vorschriften und unterliegen deshalb auch nicht den Einkommenslimiten. Gleichzeitig hat die PWG – wenn auch weniger strenge – Einkommenslimiten auf Wohnungen, die mit Abschreibungsbeiträgen gekauft wurden. Das scheint mir eine sinnvolle Regelung. Die PWG wuchs in den letzten Jahren als einer der wenigen Player im nicht gewinnorientierten Markt stark. Was sich bei der PWG sehr gut bewährt, möchten wir auch auf die anderen Stiftungen übertragen, weil dieses Modell auch bei der SEW und bei der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien in Vergangenheit sehr gut funktioniert hat. Auch die Stiftung Alterswohnungen wurde massgeblich dank Abschreibungsbeiträgen gross. Beim ersten Antrag geht es um die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien. Hier gibt es – gleich wie bei der SAW – jahrelange Wartelisten und eine enorme Nachfrage nach diesen Wohnungen für die entsprechenden Familien. Wir möchten das Erfolgsmodell der PWG auch der Stiftung



*Wohnungen für kinderreiche Familien zur Verfügung stellen, damit auch diese Stiftung Wohnungen anbieten kann. Wir denken auch hier an eine Einkommenslimite analog zur PWG, die weniger streng ist als bei eigentlich subventionierten Wohnungen. Vom Zeitablauf her ist es offensichtlich, dass man es so aufgleisen muss, dass die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zuerst wieder einen Wachstumskurs einschlagen kann, damit sie dann Wohnungen kaufen kann. Vielleicht ist auch eine Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung sinnvoll. Das ist aber aus meiner Sicht eine operative Frage und wir möchten dem Stadtrat und den Stiftungen keinerlei Vorschriften machen. Die Menschen, die operativ nah dran sind, wissen am besten, wie man das Ganze am besten aufgleist. Aus unserer Sicht ist es aber wichtig, dass für eine geeignete Liegenschaft, die man mit Abschreibungsbeiträgen kaufen könnte, das Geld im Budget zur Verfügung steht, damit die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien Handlungsfreiheit hat.*

**Pärparim Avdili (FDP):** *Wir können grundsätzlich darüber diskutieren, ob es die Wohnbaustiftungen braucht. Hier geht es allerdings um einen konkreten Antrag von 5 Millionen Franken. Das ist Geld auf Vorrat, weshalb die Minderheit den Antrag ablehnt. Wenn die drei Wohnbaustiftungen entsprechenden Wohnraum erstellen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) an der Hohlstrasse, können Abschreibungen anhand von Änderungsanträgen im Rahmen einer Weisungsberatung vorgenommen werden. Das Ganze führt für mich etwas ad absurdum, wenn wir nun die verschiedenen Wohnbaustiftungen mit direkten Steuergeldzahlungen unterstützen – auch wenn dies von der kantonalen Wohnbauförderung nicht als Subvention betrachtet wird, handelt es sich am Schluss trotzdem um Subventionen. Es fragt sich schon, wie viel Sinn die drei Wohnbaustiftungen machen, wenn sie doch letztlich gleich wie die Liegenschaften Stadt Zürich operieren. Die Wohnbaustiftungen operieren mit dem Zweck, ihre spezifischen Ziele zu erreichen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Liegenschaften Stadt Zürich diese Ziele auch innerhalb ihrer eigenen Dienstabteilung erreichen könnte. So könnten wir im Rat entscheiden, wie wir mit den einzelnen Weisungen vorgehen. Hier soll aber Geld auf Vorrat gesprochen werden, ohne dass es ein konkretes Vorhaben, für das das Geld benötigt würde, vorliegt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** *Die AL war bisher in der Enthaltung und wechselt nun zur Minderheit von Pärparim Avdili (FDP). Wir halten es nicht für sinnvoll, Abschreibungsbeiträge für die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zu sprechen. Die Wohnungen der Stiftung sind faktisch 100 Prozent – wenn auch nicht direkt, dann zumindest indirekt – den Subventionsbestimmungen der Wohnbauförderung unterstellt. Die Wohnungen dürfen also maximal einen Anlagewert von etwa 500 000 Franken aufweisen. Berücksichtigt man die aktuelle Marktsituation, erhält man einen Abschreibungsbeitrag in einer Grössenordnung von 400 000 bis 500 000 Franken. Das halten wir so nicht für sinnvoll. Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wächst. Wir haben gerade letzte Woche im Koch-Areal die Grundlage geschaffen, um dort einen Teil der Wohnungen der*



*Stiftung zugutekommen zu lassen. Auch an der Hohlstrasse erfolgte ein Spatenstich. Es gibt diverse Projekte, mit denen die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien neue Wohnungen erstellen kann. Die Stadt soll Wohnungen auf ihren eigenen Bauprojekten zur Verfügung stellen, damit die Stiftungen diese für ihren gezielten Zweck einsetzen können. Das ist der richtige Weg.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Auch die GLP wechselt in die Minderheit. Man kann nicht alle Stiftungen über einen Kamm scheren. Sie haben unterschiedliche Geschichten, Funktionen und Ideen. Würde es grosse Wohnungen für die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zum Kauf geben, bräuchte es die Stiftung in diesem Ausmass wahrscheinlich gar nicht. Das Problem ist aber, dass selbst Genossenschaften nicht mehr 5,5-, 6,5- oder 7,5-Zimmer-Wohnungen bauen, sondern nur noch 3,5- oder 4,5-Zimmer-Wohnungen. Daher ist der einzige Weg, den diese Stiftung gehen kann, selber zu bauen. Die Abschreibungsbeiträge sind reine Symbolpolitik.*

**Felix Moser (Grüne):** *Auch die Grünen befinden sich bei den meisten Anträgen zu den Abschreibungsbeiträgen noch in der Enthaltung. Für uns sind Abschreibungsbeiträge durchaus ein Mittel, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Stiftungen können trotz der hohen Preise im Raum Zürich Liegenschaften kaufen und preisgünstige Wohnungen erstellen. Wir sollten uns aber genau überlegen, wo und wie die Beiträge eingesetzt werden und wo sie nötig sind. Aus diesem Grund betrachten wir auch alle Stiftungen separat. Wir sehen keinen Grund, allen Stiftungen auf Vorrat einen relativ hohen Betrag zu bewilligen. Bei der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien schliessen wir uns den Argumenten von STR Daniel Leupi, der AL- und der GLP-Fraktion an. Wir sehen hier keine Notwendigkeit, Abschreibungsbeiträge zu genehmigen. Die Stiftung hat seit langem keine Wohnungen mehr gekauft und hat auch keine Strukturen, die Abschreibungsbeiträge richtig zu verwenden. Wir werden deshalb auch in die Minderheit wechseln.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.  
Wortmeldung siehe Antrag 029.

S. -	20	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	2000	Finanzdepartement Departementssekretariat				
	563112	Abschreibungsbeiträge an Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für den Kauf von Liegenschaften				
	5640 00 000	Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
031.	Antrag Stadtrat			0 Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Severin Pflüger (FDP)	
			5 000 000	5 000 000 Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)	



Enthaltung   Präsident Felix Moser  
(Grüne), Walter Angst (AL),  
Susanne Brunner (SVP),  
Sven Sobernheim (GLP),  
Johann Widmer (SVP)

Begründung:   Abschreibungsbeiträge für die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zwecks Erhöhung der Anzahl Wohnungen

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 77 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 032.

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Florian Utz (SP):** *Im Moment stehen 4000 Menschen auf der Warteliste für eine Wohnung bei der Stiftung Alterswohnungen (SAW), die insgesamt über 2000 Wohnungen verfügt. Man muss jahrelang warten, bis man eine Wohnung bekommt – falls man überhaupt je eine Wohnung bekommt. Gerade in diesem Segment finden wir das besonders stossend, weil es hier um Menschen geht, die oft ein Leben lang in Zürich wohnten und ein Leben lang für unsere Stadt gearbeitet haben. Am Ende ihres Lebens geraten sie in die Situation, dass sie keine bezahlbare Wohnung mehr in unserer Stadt finden und aus der Stadt wegziehen müssen. Das ist für uns ein unhaltbarer Zustand und deshalb besteht hier ganz dringend Handlungsbedarf. Die SP schlägt deshalb vor, auch der SAW wieder Abschreibungsbeiträge zu gewähren – so wie das bereits früher der Fall war. Die SAW wurde mit Abschreibungsbeiträgen gross und soll deshalb auch wieder mit solchen gestärkt werden. Wenn wir davon ausgehen, dass eine Wohnung einen Abschreibungsbeitrag von 50 000 Franken erhält, könnte man mit 5 Millionen Franken insgesamt 100 neue Alterswohnungen schaffen. Ist der Beitrag etwas höher, sind es entsprechend ein paar Wohnungen weniger – zumindest 80 Wohnungen wären mit einem Beitrag von 5 Millionen Franken aber möglich. Diese Wohnungen braucht es sehr dringend, auch wenn man argumentieren kann, dass bei 4000 Menschen auf der Warteliste 80 Wohnungen nur einen Tropfen auf den heissen Stein sind. Das stimmt auch ein Stück weit. Aber ermöglichen wir doch wenigstens diesen einen Tropfen, er ist besser als gar nichts. Jede einzelne Wohnung ist für die betroffenen Menschen enorm wichtig.*

**Walter Angst (AL):** *Die SAW hat an der Medienkonferenz «Ein Jahr Altersstrategie» angekündigt, dass sie im Bereich Alterswohnungen aktiv werden und sogenannte Satellitenhäuser kaufen will, die von Siedlungen der SAW betreut werden. Ich gehe davon aus, dass es Ideen gibt, Häuser zu kaufen. Das ganze Projekt stösst aber auf erhebliche Widerstände und muss Hürden nehmen. Die SAW braucht kleine und barrierefreie Wohnungen, die man auch subventionieren kann. Rund 60 Prozent der*





*Wohnungen sind subventioniert. Sieht man sich die Preise auf dem Liegenschaftsmarkt an, dann geht die Kalkulation von Florian Utz (SP) auf. Mit 2 Millionen Franken können wir der SAW die Möglichkeit geben, zu prüfen, was realisiert werden kann. Ich gehe davon aus, dass mit der Entwicklung eines guten Modells zehn Wohnungen gekauft werden können und ein Abschreibungsbeitrag gemacht werden kann, damit auch Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, diese Wohnungen finanzieren können. Wir finden es spannend, ein solches Projekt auszuprobieren. Für mehr ist aber im Moment kein Spielraum vorhanden.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Der Mehrheitssprecher vermittelte den Eindruck, die SAW würde auf ihrem Stuhl sitzen und zusehen, wie ihr Wohnungen abhandenkommen und sich gleichzeitig ihre Warteliste füllt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die SAW plant gerade einen riesigen Ersatzneubau, zum Beispiel bei der Siedlung Felsenrain in Seebach oder bei der Thurgauerstrasse. Ich finde es schwierig, kurz nachdem wir die Statuten reformiert haben, von der SAW Abschreibungsbeiträge zu fordern. Die Wohnungen müssen hindernisfrei sein und gewissen Ansprüchen gerecht werden. Auch wenn man argumentieren kann, dass man alles Mögliche probieren muss, sind die Ressourcen begrenzt. Wir müssen zudem aufpassen, dass wir keine Parallelstrukturen schaffen. Deshalb sollten wir nicht über das Budget eine Neuausrichtung der Stiftungen beschliessen, ohne zu wissen, wo diese hinführt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Felix Moser (Grüne):** *Wir sind im Moment noch in der Enthaltung. Die Grüne-Fraktion prüft die Abschreibungsbeiträge für jede Stiftung einzeln. Für die SAW sind Abschreibungsbeiträge ein neues Mittel und die Stiftung muss zuerst sehen, wie sie damit umgeht. Deshalb stimmen wir für die 2 Millionen Franken, die die AL beantragt. Wenn damit etwas Gutes entsteht, kann man in künftigen Jahren immer noch darüber sprechen, ob es mehr Mittel braucht oder nicht.*

**Pärparim Avdili (FDP):** *Die FDP hat schon lange erkannt, dass es auf dem Wohnbaumarkt in Bezug auf die spezifische Zielgruppe der älteren Menschen ein Problem gibt. Es braucht zusätzliche Alterswohnungen. Wir reichten deshalb bereits vor längerer Zeit einen Vorstoss ein, der leider abgelehnt wurde. Von der linken Seite wurde das Problem damals noch nicht erkannt. Ich bin froh, dass dies nun der Fall ist. Der Antrag macht in diesem spezifischen Fall Sinn. Wir schliessen uns der Argumentation von Walter Angst (AL) an: Gelder auf Vorrat zur Verfügung zu stellen, macht keinen Sinn. Die 2 Millionen Franken werden sicherlich ausreichen, weshalb wir zur Minderheit 2 wechseln.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.  
Wortmeldung siehe Antrag 029.



10 / 41

S. -	<b>20</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	<b>2000</b>	<b>Finanzdepartement Departementssekretariat</b>				
	<b>563113</b>	<b>Abschreibungsbeiträge an Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften</b>				
	<b>5640 00 000</b>	<b>Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen</b>				
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag		Stimmen
<b>032.</b>	Antrag Stadtrat			0	Minderheit 1	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
			5 000 000	5 000 000	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
			2 000 000	2 000 000	Minderheit 2	Walter Angst (AL) Referent
					Enthaltung	Präsident Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Mehrheit: Abschreibungsbeiträge für die Stiftung Alterswohnungen zwecks Erhöhung der Anzahl Alterswohnungen Minderheit 2: Abschreibungsbeiträge für die Stiftung Alterswohnungen für erste Liegenschaftenkäufe			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(0)	32 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 000 000)	42 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(2 000 000)	<u>45 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit und der Minderheit 2:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.



Antrag 033.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Felix Moser (Grüne):** Auch der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) sollen mit diesem Antrag Abschreibungsbeiträge zur Verfügung gestellt werden. Wir beantragten ursprünglich 5 Millionen Franken, senken diesen Betrag nun aber auf 2 Millionen Franken. In den Gesprächen im Vorfeld der Debatte kamen wir zum Schluss, dass 2 Millionen Franken ausreichen, weil die Stiftung bis anhin auch keine Abschreibungsbeiträge beziehen konnte. Die Stiftung baut zwar Wohnungen und kann die Beiträge sicher anwenden, im Sinne der Gleichbehandlung mit der SAW soll aber auch die SEW 2 Millionen Franken bekommen, um die Mittel bei Bedarf anwenden zu können. Wie es künftig weitergeht, wird man in den Folgejahren entscheiden müssen.

**Pärparim Avdili (FDP):** Auch in diesem Antrag werden Abschreibungsbeiträge auf Vorrat gegeben, mit denen niemand etwas konkret und unmittelbar anfangen kann. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** Die SP war auch hier bei 5 Millionen Franken und wird nun mit den Grünen auf einen Betrag von 2 Millionen Franken mitwechseln – auch wenn die SEW die 5 Millionen Franken sicherlich brauchen könnte. Wir fänden es sinnvoll, wenn auch die SEW die finanzielle Flexibilität hätte, bei der Möglichkeit eines Kaufs einer geeigneten Liegenschaft auf dem Immobilienmarkt die 5 Millionen Franken Abschreibungsbeiträge zu beantragen. Nichtsdestotrotz wechseln wir auf 2 Millionen Franken, weil sonst der Antrag von 2 Millionen Franken wegfällt und wir am Schluss bei null Millionen Franken landen – das ist sicherlich nicht sinnvoll. Ein kleines Fazit zur Wohnbaudebatte: Ich bin dankbar, dass wenigstens zwei von drei Stiftungen die Möglichkeit erhalten, auf Abschreibungsbeiträge zurückzugreifen. Das war vorher bei der SAW über lange Zeit nicht der Fall, bei der SEW war es gar nie der Fall. Wir haben also heute dank der SP einen kleinen wohnbaupolitischen Durchbruch erreicht. Ich gebe aber offen zu, dass ich mir einen grösseren Durchbruch gewünscht hätte. Er kann in Zukunft aber noch kommen. Ich gehe davon aus, dass wir in Zukunft höhere Abschreibungsbeiträge gewähren werden müssen, und dass es sich auf mittlere Sicht schwer argumentieren lässt, die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien anders als alle anderen städtischen Stiftungen zu behandeln. In diesem Sinne danke ich, dass wir einen kleinen Schritt vorangekommen sind – auch wenn ich mir einen grösseren Schritt gewünscht hätte, so, wie sicherlich ganz viele Menschen in der Stadt, die aktuell eine Wohnung suchen.

**Sven Sobernheim (GLP):** Es war schon fast ein freudscher Versprecher von meinem Vorredner, von drei Stiftungen zu sprechen. Das zeigt, wie selbstverständlich wir die PWG wahrnehmen. Ich wünsche mir vom Stadtrat, dass er sein Wort hält und nicht beginnt, Parallelstrukturen aufzubauen. Diese könnten nämlich entstehen, wenn Sie in



12 / 41

*den Statuten nichts sagen, jetzt aber mit den Abschreibungsbeiträgen kommen. Ich bin gespannt, wie sich die Gelder entwickeln. Es stellt sich die Frage, warum man sich auf einen Kompromiss einigt, bei dem ein grosser Teil bereits im Vorhinein sagt, dass das Geld nicht ausreichen wird. Das ist für mich keine konsistente Haltung und es ist für mich auch nicht klar ersichtlich, was der Stadtrat mit diesen Geldern genau machen soll.*

**Walter Angst (AL):** *Der Stadtrat muss jetzt die Weisung für den Wohnraumfond bringen. Im Rahmen dieser Beratung werden wir darüber diskutieren, wie es weitergehen soll. Wir haben etwas Überzeit, aber ich bin optimistisch, dass die Weisung noch diese Legislatur in den Gemeinderat kommt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.  
Wortmeldung siehe Antrag 029.

S. -	20 2000 563114  5640 00 000	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzdepartement Departementssekretariat</b> <b>Abschreibungsbeiträge an Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen –</b> <b>Einfach Wohnen für den Kauf von Liegenschaften</b> <b>Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen</b>	Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
<b>033.</b>	Antrag Stadtrat			2 000 000	0 2 000 000	Minderheit Mehrheit  Enthaltung
		Begründung:	Abschreibungsbeiträge für die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für den Kauf von Liegenschaften			

Felix Moser (Grüne) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 2 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 034.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Die SVP lancierte am 1. August eine Diskussion über den Zentrumslastenausgleich. Wir haben wenige Angaben darüber, was die Zentrumslasten sind und was der Zentrumslastenausgleich real decken kann. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass es sinnvoll ist, in dieser Debatte auf einer soliden Basis argumentieren zu können, und beantragt 50 000 Franken für die Aufarbeitung dieser Fragen und einen entsprechenden Bericht.

**Cathrine Pauli (FDP):** 50 000 Franken sind nicht viel. Es gibt sicherlich irgendwo eine Kasse, mit der ein solcher Bericht in Auftrag gegeben werden kann. Wir verstehen aber nicht, weshalb der Bericht in einer Budgetdebatte lanciert werden muss. Uns irritiert dieses Vorgehen – hier findet ein Postulat Eingang in eine Budgetdebatte. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

Weitere Wortmeldung:

**Sven Sobernheim (GLP):** Ich kann mich der Irritation meiner Vorrednerin nur anschliessen. Sie beschwerten sich heute mehrere Male darüber, dass die SVP diese Diskussion lanciert und stellen dann aber einen Antrag, um ebendiese Diskussion auf die politische Ebene zu tragen. Wird der Bericht heute beschlossen und das Geld dem Stadtrat gegeben, garantiere ich Ihnen, dass wir in zwei Jahren im Kantonsrat über den Zentrumslastenausgleich sprechen werden – in einer Zeit, in der die Stadt sowieso zu Zahlerin im Ressourcenausgleich mit dem Kanton wird. Ich erinnere an die Diskussion über den Soziallastenausgleich. Wir mussten damals einen Deckel akzeptieren und bekamen weniger als alle anderen Gemeinden. Ich weiss wirklich nicht, ob wir als Gemeinde von dieser Diskussion profitieren können. Die GLP ist überzeugt, dass die Stadt in dieser Diskussion nur Geld verlieren kann und am Ende schlechter dasteht als sie es heute tut. Es lohnt sich nicht, sich dieser Diskussion zu stellen. Wenn Sie dem Stadtrat diesen Auftrag geben, öffnen Sie damit die Büchse der Pandora.

S. 169	20 2015 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT		Betrag	Stimmen	
		Verbesserung	Verschlechterung			
						Finanzverwaltung Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.
<b>034.</b>	Antrag Stadtrat			512 500	Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
			50 000	562 500	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)



Enthaltung    Susanne Brunner (SVP),  
                         Johann Widmer (SVP)

Begründung:    Ressourcen- und Zentrumslastenausgleich: Externer Auftrag für Bericht, wie sich die Gesetzesänderungen seit 2012 auf die Lasten auswirken und welche weiteren Finanzströme zu berücksichtigen sind

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 035. und 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Pärparim Avdili (FDP):** *Es geht hier um Investitionen in Grundstücke und die Kompetenz des Stadtrats die er seit der Abstimmung zur neuen Gemeindeordnung hat, zusätzlich Liegenschaften aufzukaufen. Wir möchten dem Stadtrat kein Geld auf Vorrat geben, um Liegenschaften auf dem Markt aufzukaufen und den Markt damit zu überhitzen. Wenn die Stadt mit ihrer Kaufkraft auf dem Markt auftritt und teilweise völlig überbewertete, weit über dem Marktpreis liegende Liegenschaften aufkauft, sorgt das letztendlich für eine Überhitzung des Marktes, die auch zur Erhöhung von Mietzinsen führt. Das möchten wir alle verhindern. Wir haben in Form von Liegenschaften wie beispielsweise an der Regensdorferstrasse gesehen, dass der Stadtrat auch falsche Liegenschaften aufkauft und damit nicht wirklich zur Entspannung des Wohnmarktes beiträgt.*

**Renate Fischer (SP):** *Das Drittelsziel an gemeinnützigen Wohnungen ist in der Gemeindeordnung festgehalten und beruht auf einer Volksabstimmung. Zusätzlich wurde dem Stadtrat – ebenfalls per Volksstimmung – die Kompetenz für Liegenschaftskäufe übertragen. Die Erwartung ist natürlich, dass er bei einer Gelegenheit auch Liegenschaften in der Stadt kauft. Folglich wird jetzt im Budget Geld für den Fall, dass sich 2022 so eine Kaufmöglichkeit anbietet, eingestellt. Die Beträge sind auf die beiden Investitionskonten «Grundstück» und «Gebäude» aufgeteilt. Deshalb gibt es zwei Anträge auf zwei Konten. Man kann immer behaupten, dass es der falsche Zeitpunkt für einen Kauf sei. Die Liegenschaftspreise steigen seit vielen Jahren. Die Liegenschaften, die wir vor Jahren gekauft haben, haben nicht an Wert verloren – im Gegenteil. Zum Vorwurf, der Stadtrat würde die falschen Liegenschaften kaufen: Die Liegenschaftskäufe durch den Stadtrat erfolgen ins Finanzvermögen. Der Gemeinderat kann beim Antrag auf Übertragung der Grundstücke ins Verwaltungsvermögen entscheiden, ob es sich um geeignete Liegenschaften handelt oder nicht. Die Mehrheit der RPK lehnt den Kürzungsantrag, der die Umsetzung von Volksentscheiden verhindern würde, deshalb ab.*



15 / 41

S. 177	<b>20 2021 591006 7000 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Grundstücke</b>				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
<b>035.</b>	Antrag Stadtrat				11 182 000 1 967 000 N	Mehrheit
			10 000 000		3 149 000	Minderheit
						Renate Fischer (SP) Refe- rentin, Präsident Felix Mo- ser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Cathrine Pauli (FDP) Refe- rentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Erstens ist es nicht der richtige Zeitpunkt, Liegenschaften zu kaufen (kein Geld, überhitzter Markt) und zweitens kauft die Stadt die falschen Liegen- schaften.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 036.

Wortmeldungen siehe Antrag 035.

S. 177	<b>20 2021 591006 7040 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Gebäude</b>				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
<b>036.</b>	Antrag Stadtrat				11 058 000	Mehrheit
			10 000 000		1 058 000	Minderheit
						Renate Fischer (SP) Refe- rentin, Präsident Felix Mo- ser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Cathrine Pauli (FDP) Refe- rentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)



Begründung: Erstens ist es nicht der richtige Zeitpunkt, Liegenschaften zu kaufen (kein Geld, überhitzter Markt) und zweitens kauft die Stadt die falschen Liegenschaften.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 037. bis 041.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hans Dellenbach (FDP):** Bei den Anträgen 037. bis 041. handelt es sich um verschiedene Konten des Human Resources Management Zürich (HRZ) betreffend Drucksachen, immaterielle Anlagen, Software, Dienstleistungen und externe Berater. Gemeinsames Thema ist die Mitarbeiterbefragung 2022. Das ist eine Umfrage, die die Stadt regelmässig bei Mitarbeitenden der Stadt Zürich durchführt. Das letzte Mal war dies in den Jahren 2013 und 2017 der Fall. Die gestellten Anträge richten sich nicht grundsätzlich gegen Mitarbeitendenbefragungen. Wir anerkennen, dass Mitarbeitendenbefragungen die Basis für betriebliche Veränderungsprozesse und die Grundlage für die Weiterentwicklung der Stadtverwaltung sind. Sie bringen Transparenz in Prozesse und die Verwaltung. Ausserdem können durch die Befragung die Mitarbeitenden miteinbezogen und verschiedene Departemente und Dienstabteilungen untereinander verglichen werden. Für 2022 beschloss der Stadtrat eine grundsätzliche Neuausrichtung der Mitarbeitendenbefragung. Es werden zusätzliche Themenfelder hinzukommen, Auswertungen werden auf tieferer Organisationsebene durchgeführt und die Befragungen sollen möglichst online stattfinden. Aus diesem Grund belaufen sich die Kosten in diesem Budget auf etwa 335 000 Franken. Das sind aber nur die externen Kosten. Sie berücksichtigen also noch nicht, was intern an zusätzlichem Aufwand anfällt. Diesen Betrag konnte man nicht zuverlässig schätzen. Weil die Mitarbeitendenbefragung nicht jedes Jahr durchgeführt wird, sondern nur alle paar Jahre, kann diese ohne Weiteres und ohne Verluste verschoben werden. Damit können im Budget 2022 335 000 Franken, plus sämtliche internen Aufwände, die nicht geschätzt werden können, gespart werden. Das sind Einsparungen, die der Bürger und die Bürgerin nicht spüren werden.

**Renate Fischer (SP):** Im kommenden Jahr ist nach 2013 und 2017 die dritte Mitarbeitendenbefragung der Stadt geplant. Die Zeitabstände zwischen den Befragungen sind relativ gross, so dass eine weitere Verschiebung kaum gerechtfertigt ist, zumal der Stadtrat mit den grossen Zeitabständen dem Anliegen des Gemeinderats entgegengekommen ist. In grossen Organisationen sind Mitarbeitendenbefragungen oft die einzige Möglichkeit, einen Gesamtblick zu erhalten. In der Stadt Zürich sind rund 28 000 Menschen in den verschiedensten Funktionen tätig. Es gibt einzelne Dienstabteilungen mit mehreren tausend Mitarbeitenden. Die Auswertungsberichte der Mitarbeitendenbefragungen sind ein wertvolles Führungsinstrument. Sie geben dem





17 / 41

*Stadtrat einen Gesamtüberblick über die Arbeitssituation in den Departementen und Dienstabteilungen und über die Entwicklung der letzten Jahre. Sie zeigen konkreten Handlungsbedarf auf und die Dienstchefinnen und Dienstchefs erhalten Hinweise auf Verbesserungspotentiale, die durch Massnahmenkataloge und statistische Auswertungen ergänzt werden. Auch 2013 und 2017 gab es schon detaillierte Auswertungen auf allen Dienstabteilungsebenen. Zu den angestrebten Einsparungen: Für die Befragung im nächsten Jahr gab es bereits eine WTO-Ausschreibung, die mittlerweile mit der Auftragsvergabe abgeschlossen wurde. Die Mitarbeitenden sind mit der Vorbereitung der Umfrage beschäftigt; ein grösserer Teil der Kosten dürfte also auch im Fall einer Budgetkürzung bereits angefallen sein, ohne dass ein Gegenwert vorliegt. Die Mehrheit der PRK lehnt die Kürzungsanträge deshalb ab.*

Weitere Wortmeldung:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ich kann mich allem Positiven, was meine Vorrednerin über Mitarbeitendenbefragungen sagte, anschliessen. Es geht aber vergessen, dass wir uns gerade in einer Pandemie befinden. Der Bundesrat fordert uns alle dringend auf, wieder im Homeoffice zu arbeiten. In der aktuellen Zeit ergibt eine Mitarbeitendenbefragung aus Sicht der GLP einfach keinen Sinn. Die Ergebnisse würden auf einem Spezialfall beruhen, der eine Situation abbildet, die wir alle nicht kennen. Unsere fehlende Unterstützung des Antrags liegt weniger in der grundsätzlichen Ablehnung von Mitarbeitendenbefragungen, sondern vielmehr darin, dass das Jahr 2022 nicht der richtige Zeitpunkt ist, eine Mitarbeiterbefragung zu machen, die wir mit den Jahren 2017 und 2013 vergleichen könnten. Verschieben Sie die Befragung deshalb bitte um ein Jahr.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Auch in einer Krise sollte man sich dafür interessieren, wie es den Mitarbeitenden geht und wie sie gewisse Dinge wahrnehmen. Die Mitarbeitendenbefragungen der letzten Male folgten einem gewissen Muster und waren vor allem auf die Gesundheitsförderung ausgerichtet. Die nächste wird eine komplett neue Ausrichtung haben und sich viel stärker auf die Ziele der HR-Strategie ausrichten. Wir sind sehr interessiert daran, zu wissen, ob die ergriffenen Massnahmen bei den Mitarbeitenden ankommen. Ich danke Ihnen, dass sie nach so vielen Jahren die Mittel für die Mitarbeiterbefragung sprechen. Viele Dienstchefinnen und Dienstchefs und auch das Personal warten auf die Befragung.*



18 / 41

S. 194	<b>20</b> <b>2050</b> <b>3102 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Human Resources Management</b> <b>Drucksachen, Publikationen</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>037.</b>	Antrag Stadtrat				106 800	Mehrheit
			18 000		88 800	Minderheit
						Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Nicht-Durchführen/Verschieben der Mitarbeitenden-Befragung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 038.

Wortmeldungen siehe Antrag 037.

S. 194	<b>20</b> <b>2050</b> <b>3118 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Human Resources Management</b> <b>Anschaffung immaterielle Anlagen</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>038.</b>	Antrag Stadtrat				471 600	Mehrheit
			40 000		431 600	Minderheit
						Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Nicht-Durchführen/Verschieben der Mitarbeitenden-Befragung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



19 / 41

Antrag 039.

Wortmeldungen siehe Antrag 037.

S. 194	<b>20</b> <b>2050</b> <b>3130 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Human Resources Management</b> <b>Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>039.</b>	Antrag Stadtrat				859 600	Mehrheit
						Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
			7 000		852 600	Minderheit
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Nicht-Durchführen/Verschieben der Mitarbeitenden-Befragung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

Antrag 040.

Wortmeldungen siehe Antrag 037.

S. 194	<b>20</b> <b>2050</b> <b>3132 00 000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Human Resources Management</b> <b>Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>040.</b>	Antrag Stadtrat				994 400	Mehrheit
						Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
			225 000		769 400	Minderheit
						Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Nicht-Durchführen/Verschieben der Mitarbeitenden-Befragung			



20 / 41

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 041.

Wortmeldungen siehe Antrag 037.

S. 195	<b>20</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	<b>2050</b>	<b>Human Resources Management</b>				
	<b>3910 00 000</b>	<b>Interne Verrechnung von Dienstleistungen</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>041.</b>	Antrag Stadtrat			4 746 300	Mehrheit	Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
		45 000		4 701 300	Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Nicht-Durchführen/Verschieben der Mitarbeitenden-Befragung				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hans Dellenbach FDP):** *In diesem Antrag geht es um einen Kürzungsantrag von immateriellen Anlagen, also Softwaretools im Bereich der Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung ist sicherlich ein wichtiges Thema und eine konstante Weiterbildung der Mitarbeitenden eine wichtige Aufgabe der Stadt als Arbeitgeberin. Es ist ebenfalls klar, dass in einer Pandemie und auch grundsätzlich E-Learning weltweit auf dem Vormarsch ist und Software-Lösungen nötig werden. Man könnte aber erwarten, dass durch den Kauf von Software-Lösungen anderswo Kosten zurückgingen. Das ist aber nicht der Fall, ganz im Gegenteil: Gegenüber der definitiven Rechnung 2019 und 2020, sind die budgetierten Kosten fürs Jahr 2022 deutlich höher. Wir sind der Meinung, dass in einem Jahr, in dem mit grossen Verlusten zu rechnen ist, vorsichtiger geplant werden muss. Vorgesehen ist, dass sich die Ausgaben von 120 000 auf 480 000 vervierfachen. Wir*



stellen einen Kürzungsantrag von 280 000 Franken. Dieser Betrag entspricht immer noch einer signifikanten Steigerung.

**Renate Fischer (SP):** Im Bereich der Erwachsenenbildung kommen vermehrt Online-Angebote zum Einsatz. Für die kommenden Jahre sind für die Anschaffung entsprechender Software 200 600 Franken geplant. Wie die FDP auf 280 000 Franken kommt, die sie auf diesem Konto kürzen möchten, kann ich auch nach dem Votum von Hans Dellenbach (FDP) nicht ganz nachvollziehen. Ausserdem handelt es sich nicht um eine reine Erhöhung, weil es nächstes Jahr eine Kostenverschiebung hin zu den immateriellen Anlagen – sprich zur Software-Anschaffung – geben wird. Die Verwaltung wies darauf hin, dass eine entsprechende Verschiebung auch bereits im laufenden Jahr stattfand. Aufgrund des relativ geringen Betrags fand bei den Nachtragskrediten keine Kontoübertragung statt. In der vorliegenden Situation findet es die Mehrheit der RPK nachvollziehbar, dass die Erwachsenenbildung vermehrt online stattfindet und lehnt den Kürzungsantrag ab.

S. 194	<b>20</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	<b>2050</b>	<b>Human Resources Management</b>				
	<b>3118 00 000</b>	<b>Anschaffung immaterielle Anlagen</b>				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
<b>042.</b>	Antrag Stadtrat				471 600	Mehrheit
			280 000		191 600	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, die Ausgaben für Erwachsenenbildung zu vervielfachen.			
						Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 043.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Die Organisation und Informatik Zürich (OIZ) beantragte mit dem Novemberbrief dringende Ausgaben für die Cyber-Security. Wir sind der Meinung, dass dieses Anliegen prioritär zu behandeln ist. Gleichzeitig erachten wir eine Priorisierung in



der OIZ als notwendig und möchten das Budget deshalb um 800 000 Franken reduzieren. Wir bitten die OIZ, mit dem reduzierten Budget über die Runden zu kommen.

**Johann Widmer (SVP):** Auch die Minderheit der RPK ist der Meinung, dass Massnahmen für mehr Cyber-Security sofort umgesetzt werden sollten. Die vom Stadtrat vorgesehenen Mitteln sollten dazu ausreichen. Eine kosmetische Verbesserung von 800 000 Franken bei einem Budgetposten von 56 Millionen Franken ist eine Einsparung am falschen Ort. Die Minderheit geht mit dem Stadtrat.

S. 199	<b>20</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	<b>2080</b>	<b>Organisation und Informatik</b>				
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>043.</b>	Antrag Stadtrat				56 486 600 Minderheit 474 000 N	Johann Widmer (SVP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Susanne Brunner (SVP)
			800 000		56 160 600 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Projekte priorisieren. Die mit dem Novemberbrief beantragten Mittel für Cyber-Security sofort umsetzen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 044.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Renate Fischer (SP):** Auf diesem Konto wird seit der Einführung von HRM2, dem kantonalen Rechnungsführungsstandard, der Informatiknutzungsaufwand erfasst. In der Rechnung 2019 schlug dieser mit 1,2 Millionen Franken zu Buche, 2020 waren es bereits 1,7 Millionen Franken und 2021 wurden inklusive Nachtragskredit insgesamt 9,3 Millionen Franken budgetiert. Für das Budget 2022 ist eine weitere Kostensteigerung auf 13,88 Millionen geplant. Diese Kostensteigerung kann zum Teil mit der vermehrten Nutzung von Cloud-Services begründet werden. Allerdings zeigte sich bei den Antworten aus den verschiedenen Budgetlesungen, dass auf diesem Konto relativ grosszügig budgetiert wurde. In der Rechnung wurden zwischen 16 und 41 Prozent des Betrags jeweils nicht ausgeschöpft, das gleiche Bild zeigt sich auch im



*laufenden Jahr. Aufgrund der erhaltenen Antworten beantragt Ihnen die Mehrheit der RPK die Kürzung von einer Million Franken beim Nutzungsaufwand. Damit stehen der OIZ für 2021 immer noch gut 3,5 Millionen Franken mehr zur Verfügung als im laufenden Jahr, inklusive der Nachtragskredite, die bereits die Kosten für die Cloud-Services enthalten.*

**Johann Widmer (SVP):** *Eine Minderheit der RPK möchte der OIZ die Mittel nicht streichen. Ich finde es persönlich zwar nett, dass sich auch die SP einmal für Kürzungen ausspricht, aber sie sollte dies eher beim Sozialdepartement als bei der OIZ tun.*

Weitere Wortmeldung:

**Walter Angst (AL):** *Die AL wechselt von der Mehrheit zur Minderheit. Es geht im Wesentlichen darum, dass hier 6000 Menschen Zugang zu einem städtischen Netz erhalten, die heute keinen Arbeitsplatz haben. Wir finden das zentral, auch weil Menschen von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) sowie Küchenpersonal in den Gesundheitszentren betroffen sind. Sie stehen nicht ausserhalb des städtischen Kommunikationsnetzes und sollten deshalb die Möglichkeit haben, darauf zuzugreifen zu können. Wir empfehlen dringend, dieses Projekt nicht zu streichen.*

S. 200	<b>20</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	<b>2080</b>	<b>Organisation und Informatik</b>				
	<b>3133 00 000</b>	<b>Informatik-Nutzungsaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>044.</b>	Antrag Stadtrat				13 885 900	Minderheit
			1 000 000		12 885 900	Mehrheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Susanne Brunner (SVP)
						Renate Fischer (SP) Referentin, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Begründung: Kostensteigerung reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



**SICHERHEITSDEPARTEMENT**

Antrag 045.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Hier geht es um die Blaue Zone und die nicht notwendigen Überschüsse bei der Reserve. Im Moment haben wir bei der Blauen Zone rund 6 Millionen Franken in Reserve. Der Mechanismus funktioniert so, dass die Stadtkasse – also die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – Zinsen an die Blaue Zone für diese Reserve bezahlen. Umgekehrt fehlt das Geld dann in der Stadtkasse. Dafür muss entsprechend mehr Fremdkapital aufgenommen werden, für das man Zinsen bezahlen muss. Es macht aus unserer Sicht deshalb wenig Sinn, bei der Blauen Zone grosse Reserven anzuhäufen um doppelt Zinsen zu zahlen; zum einen an die Blaue Zone und zum anderen an die Geberinnen und Geber des Fremdkapitals. Man kann problemlos doppelt sparen. Der Stadtrat sieht ohnehin einen Übertrag von einer Million Franken in die Stadtkasse vor. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Übertrag auf 2 Millionen Franken zu erhöhen. Das ergibt faktisch eine Budgetverbesserung, weil die Entnahme bei der Blauen Zone saldoneutral ist. Auswirkungen auf den Saldo haben hingegen die Einbuchungen in die Stadtkasse. Ich danke für die Zustimmung, die zu einer Budgetverbesserung von einer Million Franken und zu Ersparnissen von Zinskosten führt.

**Johann Widmer (SVP):** Eine Minderheit der RPK möchte auch hier mit dem Stadtrat gehen und lehnt den Antrag ab. Würde man die Parkgebühren verbilligen, hätte man auch keine Überschüsse mehr.

S. 211	25 2506 3980 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Blaue Zonen Interne Übertragungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
045.	Antrag Stadtrat				1 000 000	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP)
				1 000 000	2 000 000	Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)





Begründung: Durch den Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse lassen sich unnötige Zinskosten vermeiden. Die Reserve liegt auch nach diesem Übertrag noch deutlich über der angestrebten Zielgrösse von 3 Mio. Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dominique Zygmunt (FDP):** Die Minderheit beantragt, auf die Anschaffung von Polycom-Funkgeräten für Personen, die den ruhenden Verkehr kontrollieren, zu verzichten. Es geht hier um Personen, die in der Stadt die Parkbussen ausstellen. Mit diesem Verzicht könnte ein Betrag von 450 000 Franken eingespart werden. Polycom-Funkgeräte sind für Sicherheitsbehörden vorgesehen. Ich zitiere hier von der entsprechenden Website: «Polycom ist das flächendeckende Sicherheitsnetz Funk der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit». Man kann sich fragen, ob die Kontrolle des ruhenden Verkehrs da dazugehört. Besteht ein Kommunikationsbedürfnis, glaubt die Minderheit, dass dieses durchaus mit einem Smartphone abgedeckt werden kann. Dazu braucht es kein Polycom-Gerät, das eigentlich für die Sicherheits- und Rettungsbehörde vorgesehen ist.

**Florian Utz (SP):** Aus Sicht der Mehrheit ist es sinnvoll, dass auch die Angestellten der Kontrolle von ruhendem Verkehr an das Polycom-Netz angeschlossen sind, weil es leider auch bei der Kontrolle von ruhendem Verkehr zu Konfliktsituationen kommt. Da solche Situationen leider auftreten, erachtet es die Mehrheit als sinnvoll, die entsprechenden Angestellten an das Polycom-Netz anzuschliessen, damit sie bei Bedarf sofort die entsprechende Hilfe anfordern können.

S. 212	25 2506 500001 5060 00 000	<b>SICHERHEITSDÉPARTEMENT</b> <b>Blaue Zonen</b> <b>Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge</b> <b>Mobilien</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>046.</b>	Antrag Stadtrat				450 000 Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)



26 / 41

450 000	0 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
	Enthaltung	Walter Angst (AL)
Begründung:	Kontrolle Ruhender Verkehr braucht keine Polycom-Funkgeräte. Die Smartphones genügen.	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 047., 048. (Postulat GR Nr. 2021/459) und 049. (Postulat GR Nr. 2021/461).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL)** begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat GR Nr. 2021/461 (vergleiche Beschluss-Nr. 4651/2021): Wir möchten das Programm zum Ausbau des Bestands der Stadtpolizei verschieben, bis wir die Diskussion, ob das bereits aufgegleiste und vom Kommandanten skizzierte Projekt umgesetzt werden soll, oder ob Anpassungen vorgenommen werden müssen, führen konnten. Wir möchten das eingestellte Geld für die Anstellung der ersten zehn Stellen im Jahr 2022 aufschieben. Unserer Meinung nach braucht ein solches Programm eine vorgängige Debatte in der Kommission und im Gemeinderat. Es gibt unterschiedliche Optionen für die Weiterentwicklung der Stadtpolizei: Einerseits wird die reaktiv lineare Bestandserhöhung der Polizei mit dem Bevölkerungswachstum, mit neuen Brennpunkten und neuen Aufgaben begründet, gleichzeitig sieht man Potenzial in Optimierungsmassnahmen und einer Anpassung des geleisteten Services der Stadtpolizei, um das gute Zusammenleben in der Stadt weiter zu fördern. Ich glaube, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Debatte zu führen. Wir haben in der Stadt Zürich eine sehr hohe Polizeidichte, insbesondere eine hohe Dichte an Patrouillenfahrzeugen, die in den Zentren fahren. Wir wissen nicht, welche Wirkung diese erzeugen. Wir können uns vorstellen, dass die Sicherheit mit ganz anderen Ansätzen erfolgreicher gewährleistet werden kann. Wir möchten, dass diese Diskussion im Gemeinderat geführt wird, bevor ein Grossprojekt zum Ausbau des Bestandes lanciert wird.

**Johann Widmer (SVP)** begründet die Minderheit zu Antrag 047., stellt namens der SVP-Fraktion die Ablehnungsanträge zu den beiden Postulaten und begründet diese: Wir möchten an der Stellenbeschaffung der Stadtpolizei festhalten und diese nicht behindern. Die Postulate würden nur zu Berichten führen und die Verwaltung beschäftigen. Wir sehen Teilzeitarbeit an der Front als nicht zielführend und finden das Ansinnen grundsätzlich nicht sehr geschickt. Auch einen Bericht zur Stellenerhöhung –



die wir grundsätzlich unterstützen –, erachten wir nicht als sinnvoll, weil ein Bericht nur die Stadtverwaltung beschäftigen würde.

**Sven Sobernheim (GLP)** begründet das Postulat GR Nr. 2021/459 (vergleiche Beschluss-Nr. 4649/2021): Im Bericht des Kommandanten Daniel Blumer steht, dass die Work-Life-Balance der Front-Polizistinnen und -Polizisten ein Problem darstellt. Das stellt die GLP nicht in Frage. Für uns erschliesst sich aber nicht, weshalb die Lösung des Sicherheitsdepartements darin besteht, einfach mehr Personen einzustellen. Wir reichten das Begleitpostulat ein, weil wir der Meinung sind, dass bei dieser Art von Beruf Teilzeitarbeit ein völlig übliches Mittel ist, um die Work-Life-Balance herzustellen. Es ist ein bekanntes Problem, dass wir mit dem festen Turnusrhythmus im Frontdienst aktuell keine Teilzeitarbeit anbieten können. Da wir das sich für Teilzeitarbeit interessierende Klientel aktuell nicht ansprechen, haben wir entsprechend auch keine Bewerbenden, die sich das überhaupt vorstellen können. Die Überraschung des Sicherheitsdepartements darüber, dass der Gemeinderat bei der Stellenschaffung mitreden will, ist für uns unverständlich. 2018 forderte eine Motion der SVP die Erhöhung der Frontpolizistinnen und Frontpolizisten. 2019 lehnte die Mehrheit des Parlaments dieses Ansinnen ab. 2021 teilt das Sicherheitsdepartement zwischen der ersten und der zweiten Budgetlesung mit einem Bericht und einer kurzen Medienmitteilung mit, dass bis 2030 – unter einem Kommandanten, der bald in Pension gehen wird – neue Stellen geschaffen werden sollen. Ob der neue Kommandant das Programm teilt oder nicht, bleibt unklar. Wir unterstützen den Antrag und das Begleitpostulat der AL, damit wir das Postulat diskutieren können – gemeinsam mit der neuen, oder gemeinsam mit der neuen und der alten Führung der Stadtpolizei.

Weitere Wortmeldungen:

**Felix Moser (Grüne):** Für uns wirft der vorgesehene Ausbau um 152 Stellen in den kommenden zehn Jahren einige Fragen auf. Gerne würden wir diese zuerst klären. So fragt sich, ob tatsächlich Bedarf für diese neuen Stellen besteht oder ob nicht andernorts weniger Aufwand betrieben werden könnte. Wir hätten diesbezüglich einige Ideen; sei es beim Einsatz bei Kundgebungen oder bei der Kontrolle von Kleindealern. Aus dem Bericht wird nicht ersichtlich, welche Stellen aus welchem Grund neu geschaffen werden sollen. Es ist uns wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten besser geregelte Arbeitstage erhalten und nicht fast jedes Wochenende auf Pikett abrufbereit sein müssen. Dieser Umstand spricht eigentlich für einen Stellenausbau. Wir befürchten aber, dass das Problem durch einen Stellenausbau nicht wirklich gelöst wird, und man in zehn Jahren genauso viele Überstunden und Wochenendeinsätze hätte. Der geplante Stellenausbau sollte zuerst diskutiert werden, damit eine Auslegeordnung erfolgen kann – sei dies in der Kommission oder in der öffentlichen Debatte im Gemeinderat. Erst dann werden wir entscheiden, ob wir den Ausbau für nötig halten oder nicht. Bevor ein Ausbau an die Hand genommen wird, müssen die Aufgaben der Polizei in einer urbanen Stadt grundsätzlich überdacht werden. Wir unterstützen den Antrag der AL und stimmen auch den beiden Postulaten zu.



**Florian Utz (SP):** Auch die Sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Antrag der AL zu. Wir möchten aber betonen, dass für uns die Schaffung neuer Polizeistellen nicht grundsätzlich nicht in Frage kommt. Das ist explizit nicht der Fall. Wir sehen in diesem Zusammenhang viele interessante Fragen, die vorab diskutiert werden sollten – je nach Beratungsverlauf in der Kommission wäre sogar die Sprechung eines Zusatzkredites denkbar. Danach können wir gerne entscheiden. Selbst wenn die Stellenschaffung im Grundsatz begrüsst wird, ist deren Anzahl noch zu diskutieren: Diese Frage sollte nicht zwischen Tür und Angel oder zwischen der ersten und der zweiten Budgetlesung geklärt werden. Bei der Schaffung neuer Polizeistellen fragt sich immer auch, wo diese geschaffen werden sollen: Wie im Bericht vorgesehen primär an der Front, bei der Vermittlung oder in der Aufklärung von Delikten, wie beispielsweise in der digitalen Forensik. Es ist bekannt, dass eine hohe Aufklärungsquote bei Delikten eine hervorragende generalpräventive Wirkung hat. Weiter könnte ich mir persönlich gut vorstellen, dass man einen Schwerpunkt im Bereich von Raser- oder Poserdelikten setzt. Diese stellen in der Öffentlichkeit ein grosses Ärgernis dar. Auch der Bereich Wirtschaftskriminalität ist ein Bereich, bei dem ich es mindestens für denkbar halte, stärker aktiv zu werden. Es stehen hier sehr viele offene, aber spannende Fragen im Raum. Diese Fragen verdienen es, diskutiert zu werden und deshalb stimmt die SP dem Antrag der AL zu.

**Andreas Egli (FDP):** Wenn Politiker, namentlich aus dem grünen Lager, etwas vor den Wahlen nicht ansprechen wollen, dann verlangen Sie einen Bericht. Auch wird damit argumentiert, dass der aktuelle Kommandant bald zurücktreten würde – die Polizistinnen und Polizisten sind aber nicht für den Kommandanten, sondern für die Stadt Zürich angestellt. Grundsätzlich benutzen Sie für die Schaffung neuer Stellen immer das Argument des Bevölkerungswachstums, selbst wenn die Stellen nichts mit dem Bevölkerungswachstum zu tun haben. Bei der Stadtpolizei haben wir aber seit Jahren ein unterdurchschnittliches Wachstum im Verhältnis zur Bevölkerung. Es gibt zusätzlich viele Jugendliche und Erwachsene, die in den Ausgang gehen und Alkohol trinken. Auch dieses Problem muss gelöst werden und kann nicht einfach von einer begrenzten Anzahl Angehöriger des Polizeikaders bearbeitet werden. Offensichtlich möchten Sie vor den Wahlen nicht dazu stehen, dass Sie eine Stellenerhöhung ablehnen, sondern verlangen einen Bericht, statt vernünftig zu sein und dem Antrag zuzustimmen.

**Walter Angst (AL):** Es ist hier drinnen allen bekannt, dass die Stadtpolizei Zürich mit einem Schichtkonzept von fünf Schichten arbeitet. Es gibt viele Schichten, die relativ wenig zu tun haben. Es gäbe also viele Möglichkeiten, Optimierungspotenzial zu nutzen. Mit dem hier vorgeschlagenen Programm soll über zehn Jahre ein Ausbau stattfinden. Es ist in diesem Fall wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, zu prüfen, ob das der richtige Weg ist oder nicht. Unserer Meinung nach ist die Polizeidichte in der Stadt zu hoch. Der Zusammenhang zwischen Polizeidichte und Sicherheit, so linear wie Sie ihn beschreiben, entspricht nicht der Realität. Es ist offensichtlich der richtige Moment für die Diskussion des Stellenausbaus. Das hat nichts mit den Wahlen zu tun, sondern damit, dass dieses Programm dem Gemeinderat, gemeinsam mit einem ersten Budgetantrag, relativ überraschend vorgelegt wurde. Ich finde es fair, dass die



*Stadtpolizei und STR Karin Rykart das Programm offen darlegen und nicht einfach eine erste Tranche umsetzen, ohne zu wissen, was danach kommt. Umgekehrt ist aber auch klar, dass die Debatte jetzt und nicht erst in zwei oder drei Jahren stattfinden muss. Die Stadtpolizei braucht Planungssicherheit. Diese bekommt sie, weil die Kommission und der Gemeinderat rasch darüber diskutieren können. Die Vorlage liegt vor, es muss nur noch die Diskussion stattfinden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** *Wieso beantragt Ihnen der Stadtrat im Budget 2022 zehn zusätzliche Polizeistellen? Wir alle sind froh, wenn die Polizei schnell da ist, wenn man sie braucht. Wir möchten einerseits die Handlungsfähigkeit und die Reaktionsfähigkeit der Stadtpolizei aufrechterhalten und andererseits dafür sorgen, dass die Polizistinnen und Polizisten gesund bleiben. Gemäss der geltenden gesetzlichen Grundlage, dem Polizeiorganisationsgesetz, nimmt die Gemeindepolizei – in diesem Falle die Stadtpolizei – die sicherheitspolitischen Aufgaben wahr, soweit sie nicht in der Zuständigkeit der Kantonspolizei liegen. Im Bereich der sicherheitspolizeilichen Aufgaben ist die Kantonspolizei einzig für den Betrieb des Polizeigefängnis und als Ansprechpartnerin der Sicherheitsorgane des Bundes zuständig. Für alle anderen sicherheitspolizeilichen Aufgaben ist einzig und alleine die Stadtpolizei zuständig: Das gilt insbesondere für die öffentliche Sicherheit. Sie ist besorgt für Ruhe und Ordnung und sie trifft Massnahmen bei Kundgebungen und anderen Veranstaltungen. Mit anderen Worten: Die Stadtpolizei ist alleine verpflichtet, diese Aufgaben wahrzunehmen. Die Bevölkerung in der Stadt Zürich wächst – in den letzten zehn Jahren um 11,5 Prozent. Die Nutzungsintensität im öffentlichen Raum und damit auch die Konflikte und der damit verbundene polizeiliche Aufwand, nehmen in den letzten Jahren massiv zu. Das liegt einerseits an der 24-Stunden-Gesellschaft und andererseits an der Nutzung des öffentlichen Grunds, der von immer mehr und unterschiedlichen Anspruchsgruppen in Anspruch genommen wird. Das führt unweigerlich zu mehr Konflikten, die ein Intervenieren der Stadtpolizei erfordern. In den letzten zehn Jahren hat die Anzahl der Notrufe um 16,5 Prozent und die Anzahl der Einsätze um 12,5 Prozent zugenommen. Der Anstieg bei der Bewältigung von Sondereinsätzen liegt bei 106,9 Prozent. Die Auswertung der digitalen Datenträger stieg um astronomische 358 Prozent bei der digitalen Computerforensik, beziehungsweise 658 Prozent bei der digitalen mobilen Forensik. Die Anzahl der Gastronomiebetriebe stieg in den letzten zehn Jahren um 8 Prozent und die Anzahl Lärmklagen nahm um 26 Prozent zu. Aufgrund dieser Entwicklungen und mit Blick auf die Digitalisierung, rechnet die Stadtpolizei auch in Zukunft mit einem erhöhten Aufwand. Der Aufwand und die Bewältigung von Ereignissen wie Fussballspielen, politischen Veranstaltungen und anderen Grossveranstaltungen stieg enorm. Die Einsatzstunden für die Sondereinsätze haben sich seit 2011 verdoppelt. Die Belastungsgrenze für Polizistinnen und Polizisten ist bereits heute erreicht. Für die Betroffenen wird es zunehmend schwieriger, die anfallenden Mehrstunden wegen Sondereinsätzen zu kompensieren. Das hat auch Auswirkungen auf ihr Privatleben. Es steht fest, dass sich mit dem heutigen Personal der Aufwand für solche Sondereinsätze längerfristig nicht mehr bewältigen lässt. Gleichzeitig wollen wir mit den zusätzlichen Stellen auch die Grundlage schaffen, damit*



*die Stadtpolizei ihre Mitarbeitenden flexibler einsetzen kann. An den Wochenendnächten braucht es mehr Polizisten und Polizistinnen als an einem Montagmorgen. Hier lohnt es sich, flexible Lösungen zu prüfen und als Arbeitgeberin sozialverträglich und attraktiv zu bleiben. Deshalb ist der Stadtrat auch bereit, das Postulat der GLP-Fraktion entgegenzunehmen. Es braucht die Stellen aber, weil sie Spielraum für neue Arbeitszeitmodelle schaffen. Bis 2030 sollen insgesamt 152 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden. Heute geht es um zehn Stellen für das Jahr 2022 und ich kann nachvollziehen, dass Sie wissen möchten, für was genau das zusätzliche Personal der Stadtpolizei eingesetzt werden soll. Es geht in den nächsten zehn Jahren um eine grosse Summe. Der Bericht der Stadtpolizei zu den Hintergründen der Stellenerhöhung ist öffentlich. Wir haben nichts dagegen, diesen Bericht hier im Gemeinderat mit Ihnen zu diskutieren. Wir nehmen deshalb auch das Postulat der AL entgegen. Die Rekrutierung und Ausbildung von neuen Polizistinnen und Polizisten nimmt rund 2,5 Jahre in Anspruch. Deshalb beantrage ich Ihnen, den Mehrheitsantrag abzulehnen, und die zehn Stellen mit dem Budget 2022 zu ermöglichen. Diese nehmen die künftigen Entscheide des Gemeinderats für die kommenden Budgets nicht vorweg.*

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Balsiger (SVP):** *STR Karin Rykart sprach in ihrem Votum von der massiven Einwanderung der letzten zehn Jahre – es wohnen massiv mehr Menschen in dieser Stadt. Sie zählte ruhig und zurückhaltend die Folgen dieser massiven Einwanderung auf: Eine massive Zunahme von Polizeieinsätzen, Polizisten, die an ihre Grenzen stossen und andere Beispiele, die zeigen, wie sich in den letzten zehn Jahren durch das Bevölkerungswachstum die Sicherheitslage der Stadt verschlechtert hat. Ihr Votum klang nach einem SVP-Themeninserat, das vor den Folgen einer ungebremsen Einwanderung warnt. Sie berichtete, was bereits geschah, während die SVP des Öfteren davor warnt, was in Zukunft passieren könnte. Im Nachhinein merkt man dann meistens, dass die SVP eben doch recht hatte. Wenn selbst eine grüne Stadträtin, die kurz vor ihrer Wiederwahl steht, aufzählt, wie die Einwanderung unsere Sicherheitslage in der Stadt massiv verschlechtert, dann muss die Situation wirklich schlimm sein. Fast jeden dritten Tag liest man in der Zeitung von einer Messerstecherei oder einer Schlägerei, und auch Homosexuelle werden angegriffen. Frauen und andere Personen müssen im Ausgang Angst haben, auch als Unbeteiligte verprügelt zu werden. STR Karin Rykart zeigte uns heute auf, was passiert, wenn man einfach die Schleusen aufmacht und jeden in das Land lässt.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *STR Karin Rykart sagte, die Überzeitkonten der Stadtpolizei seien voll. Das stimmt und steht auch so im Bericht. Bei genauerem Nachfragen zeigt sich, dass sich im Dezember 2019 65 000 Überstunden bei den Polizistinnen und Polizisten angehäuft haben. Wegen der Corona-Pandemie sind es aktuell 42 000 Stunden. Wir haben ganz viele Fragen, die der Bericht nicht beantwortet.*



31 / 41

S. 213	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3010 00 000</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>047.</b>	Antrag Stadtrat				216 192 400	Minderheit
			535 000		215 657 400	Mehrheit
						Enthaltung
						Präsident Felix Moser (Grüne)
			Begründung:	Erste Erhöhung Stellen gemäss Programm bis 2030 nach Diskussion des Berichts Blumer im Gemeinderat		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 45 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. bis 053. (Postulat GR Nr. 2021/476).

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Florian Utz (SP):** Viele Gewerbetreibende wurden durch die Corona-Krise sehr hart getroffen, wenn auch in unterschiedlichen Branchen und unterschiedlich stark. Spricht man beispielsweise mit Taxi-Fahrerinnen und Taxi-Fahrern, erhält man ein sehr klares Bild. Wir stellten bereits im letzten Budget den Antrag, im Jahr 2021 diverse Gebühren, vor allem Bewilligungsgebühren, zu erlassen. Wir stellen heute den Antrag, den Gebührenerlass auch im Jahr 2022 fortzuführen. Wir sind der Meinung, dass der Gebührenerlass eine sehr wichtige Entlastung für die einzelnen Gewerbetreibenden darstellt und dass sich eine solche Unterstützung des Gewerbes unter dem Strich für die Stadt und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler lohnt. Zürich bleibt dann finanziell stark, wenn wir nach der Krise da stehen, wo wir vor der Krise standen. Das stellen wir sicher, indem wir Arbeitsplätze erhalten. Würden Arbeitsplätze verloren gehen und wir in eine Negativspirale aus Arbeitsplatzverlust geraten, käme es zu zeitlich verzögerten höheren Sozialhilfekosten und tieferen Steuereinnahmen. Das wäre verheerend, würde viel menschliches Leid verursachen und auch die Stadtkasse erheblich belasten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, dem Gewerbe auch im Jahr 2022 diverse Gebühren zu erlassen. Ich bin froh, dass auch hier die Koalition der Vernunft spielt, deren Name gerade bei diesem Antrag sehr treffend ist. Es sind sicher viele Gewerbetreibende und Gewerbetreibende froh um diese Mehrheit und die Unterstützung in Form des Gebührenerlasses



– gerade, wenn die SVP sie im Regen stehen lässt. Von Seiten der SP gebe ich bekannt, dass wir auch das Postulat der SVP unterstützen werden. Die Wirkung der Gebührensenkung wird sich nicht 2022 zeigen, sondern erst ab 2023. Es ist für uns auch klar, dass mit unserer Zustimmung das Postulat nicht wörtlich umgesetzt werden muss. Die 15 Prozent Gebührensenkung können zu ungeraden Beträgen führen, die ohne weiteres gerundet werden können. Auch können die einzelnen Gebührensenkungen unterschiedliche Ausmasse haben. Aus Sicht der SP ist es aber wichtig und richtig, dass für das Gewerbe unter dem Strich eine wesentliche Entlastung entsteht. Wir stimmen dem Postulat zu, damit das Gewerbe nächstes Jahr vollständig und ab den folgenden Jahren in erheblichem Ausmass entlastet wird.

**Susanne Brunner (SVP)** begründet den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4683/2021): Es ist immer wieder erstaunlich, was bevorstehende Wahlen alles bewirken können. Die Unterstützung der SP des Gewerbes mit dem Gebührenerlass ist wie eine Wunderkerze am Christbaum; sie leuchtet kurz auf und ist dann vorbei. In diesem Saal wird das ganze Jahr Politik gemacht und wer diese das ganze Jahr über beobachtet, weiss, dass die SP Politik gegen das Gewerbe macht. Nur in dieser Budgetdebatte kurz vor den Wahlen ist sie plötzlich für das Gewerbe und inszeniert sich als neue Gewerbspartei. Das ist natürlich nur ein Schauspiel und eine Inszenierung, die wir aber gerne annehmen. Die SVP-Fraktion wird den Gebührenerlass, wie ihn die SP-Fraktion vorschlägt, unterstützen. Die SVP-Fraktion reichte auch ein Postulat ein, weil es nicht sein kann, dass wir in dieser Stadt eine gewerbefreundliche Politik nur an das Vorhandensein einer Pandemie knüpfen. Weil Linksgrün das ganze Jahr über gewerbefeindlich entscheidet und handelt, müssen wir das Gewerbe entlasten. Das Gewerbe wird in unserer Stadt stark geplagt. Wir haben einen Parkplatzabbau, ein ausuferndes Tempo 30, vermehrtes Homeoffice, das die Frequenzen in der Innenstadt senkt, und es gibt einen Zuwachs im Online und eine Reduktion im stationären Handel. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Innenstadt vital und interessant und einen Gewerbestandort sowie ein Standort für den Detailhandel bleibt. Auch wenn die SP sonst das ganze Jahr gegen das Gewerbe arbeitet, sind wir froh, dass sie sich einmal – unter dem Druck der Wahlen – ein bisschen wie eine Wunderkerze gewerbefreundlich zeigt. Ich möchte aber betonen, dass wir in unserem Postulat eine Gebührensenkung um 15 Prozent fordern. Es ist also nicht so, dass man bei den einen die Gebühren etwas mehr und bei den anderen die Gebühren etwas weniger senkt. Auch die ungeraden Beträge dürften in der heutigen Zeit kein Problem darstellen. Ich fasse zusammen: Die SVP unterstützt den Gebührenerlass und wir freuen uns natürlich, wenn unser Postulat in diesem Rat eine Mehrheit findet.

**Sven Sobernheim (GLP)** begründet den Antrag der Minderheit 1: Mit dem Novemberbrief beschloss der Stadtrat bereits einen Teil der Gebührensenkungen. Die Mehrheit will den Rabatt nun für das ganze Jahr geben. Sie weiss also bereits jetzt, dass der Christbaumverkauf im Dezember 2023 ein Problem sein wird und es deshalb einen Gebührenerlass braucht. Sie nehmen die Corona-Pandemie vorweg, ohne zu wissen, wie die Situation tatsächlich sein wird. Lehnen wir den Antrag ab, kann der Stadtrat die Gebührensenkung immer noch erlassen, sofern die Senkung auch wirklich benötigt wird. Wenn wir dem Antrag jetzt aber zustimmen, muss der Stadtrat die





*Gebührensenkung erlassen, unabhängig davon, wie sich die Situation entwickelt. Deshalb lehnt die Minderheit 1 den Antrag der Mehrheit ab. Der Antrag der Minderheit 2, der eine grundsätzliche Gebührensenkung via Budget verlangt, ist noch absurder. Viele der Gebührenverordnungen liegen in der Kompetenz des Gemeinderats und wurden seit Jahrzehnten von einer Mehrheit des Gemeinderats kaum beachtet. Wenn Sie sich in die Detailarbeit vertiefen möchten, um zu prüfen, wo Sie welche Gebühren senken können, wäre das mit Arbeit verbunden. Bleiben Sie deshalb beim Stadtrat und stimmen Sie für die Flexibilität, die der Stadtrat in diesem Fall braucht.*

**Felix Moser (Grüne)** stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: *Gebühren basieren zum Teil auf Verordnungen, für die der Gemeinderat zuständig ist. Mit der Motion verfügt der Gemeinderat über ein richtungspolitisches Mittel, diese zu verändern. Ein Budgetantrag oder ein Postulat sind für diesen Zweck der falsche Weg. Zudem macht für uns eine dauerhafte Senkung der Gebühren auch inhaltlich keinen Sinn, wie sich am Beispiel der Nutzung von öffentlichem Grund zeigt: Die Grünen sind grundsätzlich der Meinung, dass der öffentliche Grund für alle da ist. Wenn jemand diesen öffentlichen Grund für Veranstaltungen, Verkaufspromotionen oder andere private oder geschäftliche Zwecke nutzt, kann dafür auch eine angemessene Gebühr bezahlt werden. Das ist nichts als recht. Wir werden das Postulat deshalb ablehnen. Betreffend die Anträge, die Gebühren dieses Jahr dauerhaft zu senken, schliesse ich mich dem Votum von Sven Sobernheim (GLP) an. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, die Gebührenreduktion, die der Stadtrat bis Ende März bereits beschlossen hat, bis Ende Jahr weiterzuführen. Wir wissen nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Der Stadtrat kann Gebührensenkungen sehr wohl in eigener Kompetenz beschliessen und er bewies in den beiden vergangenen Jahren der Pandemie auch, dass er bei Bedarf und Notwendigkeit mit Augenmass handelt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** *Die Gebührensenkung war eine der ersten Massnahmen, die die FDP vorschlug, als der Ratsbetrieb nach dem ersten Lockdown wieder aufgenommen wurde. Kurz darauf setzte der Stadtrat die Massnahme in Eigenregie um. Wir glauben immer noch, dass es sich dabei um die richtige Massnahme handelt. Auch wenn noch nicht alle Wirtschaftsträger den Tritt in der erhofften Geschwindigkeit gefasst haben, war dies doch bei vielen der Fall. Das gibt uns recht. Es ist wichtig, dass man die Massnahme auch darüber hinaus weiterzieht. Es ist deshalb in Ordnung, wenn dies auch bereits für den Christbaumverkauf nächstes Jahr beschlossen wird. Der Gebührenverzicht ist gut investiertes Geld. Da wir sowieso gerade über die Gebühren sprechen, können wir auch gleich überprüfen, ob wir sie nicht dauerhaft senken können. Wir sollten prüfen, ob wir als Gemeinwesen davon profitieren, wenn die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, Gewinn erwirtschaften, Gewinnsteuern zahlen und an die Wertschöpfungskette der Stadt beitragen. So könnten wir mit einem Gebührenerlass langfristig etwas bewirken.*



**Andreas Kirstein (AL):** *Es ist absolut legitim und nachvollziehbar, dass der Alleinvertretungsanspruch, den die SVP immer noch glaubt auf das Gewerbe zu haben, in Frage gestellt wird. Dass die SP dies aber mit Massnahmen und Vorschlägen aus der Mottenkiste der falschen Gewerbepolitik der SVP macht, finde ich bemerkenswert. Mit Senkungen von Gebühren – ob dauerhaft oder zeitlich befristet – im Giesskannenprinzip wird dem Gewerbe nicht geholfen. Nichts hat dem Gewerbe so stark geschadet, wie die Corona-Politik der SVP und den von ihnen dominierten Gewerbeverbänden. Das Gewerbe wird stark mit der von der SVP angestachelten Corona-Politik zu kämpfen haben, wenn wir es nicht schaffen, die Welle zu brechen. Will man etwas für das Gewerbe unternehmen, dann muss man die strukturellen Rahmenbedingungen verändern und nicht einfach Geschenke ausschütten – weder an Weihnachten noch sonst im Jahr.*

S. 216	<b>25</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b>				
	<b>2520</b>	<b>Stadtpolizei</b>				
	<b>4120 00 000</b>	<b>Konzessionen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>050.</b>	Antrag Stadtrat					
					-740 000 Minderheit 1	Sven Sobernheim (GLP)
					217 000 N	Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
				523 000	0 Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
				78 400	-444 600 Minderheit 2	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Unterstützung des Gewerbes durch Fortführung des temporären Gebührenerlasses auch im Jahr 2022 (für Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen)			
			Minderheit 2: Gebührenreduktion von 15 % für das Gewerbe (pro rata)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-523 000)	37 Stimmen
Antrag Mehrheit	(0)	83 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-444 600)	<u>0 Stimmen</u>



35 / 41

Total 120 Stimmen  
= absolutes Mehr 60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 216	<b>25</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b>				
	<b>2520</b>	<b>Stadtpolizei</b>				
	<b>4210 00 000</b>	<b>Gebühren für Amtshandlungen</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>051.</b>	Antrag Stadtrat			-2 991 600	Minderheit 1	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
				569 000 N		
			1 116 700	-1 305 900	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
			363 400	-2 059 200	Minderheit 2	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Unterstützung des Gewerbes durch Fortführung des temporären Gebührenerlasses auch im Jahr 2022 (für Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen) Minderheit 2: Gebührenreduktion von 15 % für das Gewerbe (pro rata)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-2 422 600)	37 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-1 305 900)	80 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-2 059 200)	<u>0 Stimmen</u>



36 / 41

Total 117 Stimmen

= absolutes Mehr 59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 052.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 216	<b>25</b>	<b>SICHERHEITSDÉPARTEMENT</b>				
	<b>2520</b>	<b>Stadtpolizei</b>				
	<b>4472 00 000</b>	<b>Vergütung für Benützigungen Liegenschaften VV</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>052.</b>	Antrag Stadtrat			-13 480 000	Minderheit 1	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
				622 000 N		
			4 270 700	-8 587 300	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
			1 928 700	-10 929 300	Minderheit 2	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Mehrheit: Unterstützung des Gewerbes durch Fortführung des temporären Gebührenerlasses auch im Jahr 2022 (für Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen) Minderheit 2: Gebührenreduktion von 15 % für das Gewerbe (pro rata)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1 (-12 858 000) 38 Stimmen

Antrag Mehrheit (-8 587 300) 82 Stimmen

Antrag Minderheit 2 (-10 929 300) 0 Stimmen



37 / 41

Total	120 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

#### Antrag 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Die ERZ wurde beauftragt, die Zukunft des Seminarenzentrums ara glatt zu überprüfen. Die ERZ-Leitung unterzog das strukturell defizitäre Zentrum einer Prüfung, es wurde ein grösserer Bericht erstellt und geprüft, ob es eine Möglichkeit gibt, dieses Seminarzentrum kostendeckend zu finanzieren. Die Stadt hatte nie genügend Belegungen, um das relativ gut und teuer ausgerüstete Haus zu füllen. Die Nutzungsauslastung lag bei 60 bis 70 Prozent an externen Nutzungen. Das Haus war also nie ganz ausgelastet. Die ERZ beschloss letztes Jahr, das Seminarzentrum auf Juli 2021 zu schliessen und entliess Mitarbeitende. Nun kommen aber Immobilien Zürich (IMMO) und Schutz & Rettung ins Spiel und möchten weitermachen. Schutz & Rettung benannten das Bildungszentrum in Bildungszentrum Blaulicht (BZB) um. In dieser Budgetdebatte sollen wir deshalb 3,2 Stellen für Personen von Schutz & Rettung, die das Bildungszentrum Blaulicht betreiben, bewilligen. Unserer Meinung nach ist das ein Schnellschuss sondergleichen, der zu ziemlich viel Kopfschmerzen führen könnte. Es gibt keinen Anlass, davon auszugehen, dass dem Bildungszentrum Blaulicht nicht genau das gleiche passieren wird wie vorher dem Bildungszentrum ara glatt. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir keine Stellen schaffen, sondern eine solide Analyse vornehmen sollten. Die Bedürfnisse der Blaulichtorganisationen für das Zentrum sind nicht erhoben. Ausserdem wird mit dem Rohwiesen nebenan ein grosses Zentrum gebaut. Es ist der falsche Zeitpunkt für einen Schnellschuss und die Schaffung neuer Stellen. Es ist kein Erfolgsrezept, ein Bildungszentrum, das nie funktioniert hat, einfach in Blaulicht umzubenennen.

**Johann Widmer (SVP):** Eine Mehrheit kann den Ausführungen von Walter Angst (AL) nicht folgen und findet eine Kürzung der BZB nicht sinnvoll. Wir gehen deshalb mit dem Stadtrat.

Weitere Wortmeldung:

**Sven Sobernheim (GLP):** Der Stadtrat wirft uns immer wieder vor, dass wir in der Budgetdiskussion «fishing expedition» machen. Hier haben wir es nun mit einem halben Zufallsfund zu tun. Wir beschlossen das Bildungszentrum Rohwiesen und dessen Ausbau. Dieses nannte sich dann in Bildungszentrum Blaulicht um. Zum Anbau soll zusätzlich das Bildungszentrum ara glatt dazu gemietet werden. Das war mir in den Beratungen lange nicht klar. Das Konzept von Schutz & Rettung sieht vor, dass das Zentrum



*mehrheitlich intern genutzt und allenfalls mit Externen ergänzt wird. Gleichzeitig wurde in den Lesungen auch gesagt, dass die Bedürfnisse für städtische Räume in Norden grösser werden, weil das Eggbühl und das Airgate eröffnet werden. Wenn Sie wirklich glauben, dass Sie die ara glatt besser betreiben können als dies die ERZ konnte, dann müssen Sie das begründen. Aktuell wirkt es, als würde Schutz & Rettung einfach ein Konzept «ERZ 2.0» betreiben im Glauben, die Kosten würden sinken, weil das Ausbildungszentrum Rohwiesen in der Nähe steht. Der einzige Unterschied ist aber, dass kein Party- und Event-Restaurant mehr betrieben wird. Stimmen Sie mit der Minderheit, um kein Risiko einzugehen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** *Es gilt klarzustellen: Es geht hier nicht um das Seminargebäude auf dem Areal ara glatt, sondern um das Bildungszentrum Blaulicht, das früher Ausbildungszentrum Rohwiesen hiess. Die Stellen sind für dieses budgetiert und in keiner Art und Weise für das Seminargebäude ara glatt.*

Bildungszentrum Blaulicht: Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 54 sowie Antrag Nr. 82 (HBD)

S. 221	<b>25</b> <b>2550</b> <b>3010 00 000</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b> <b>Schutz &amp; Rettung</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>054.</b>	Antrag Stadtrat				75 525 600 182 100 N	Mehrheit
			291 200		75 416 500	Minderheit
		Begründung:	Stellen für Bildungszentrum Blaulicht (BZB) erst aufbauen, wenn nachgewiesen ist, dass dieses kostendeckend geführt werden kann (Verzicht auf Sachbearbeiter/-in Kundenzentrum 1,8 Stellenwerte und Sachbearbeiter/-in Gebäudemanagement 1,4 Stellenwerte)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 055.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Markus Knauss (Grüne):** Die Stadtzürcher Bevölkerung bekräftigte am 28. November 2021 einmal mehr die Dringlichkeit des Ausbaus des Veloroutennetzes. Wir alle wissen, dass es sich dabei um ein anspruchsvolles Ziel handelt, weil man es innerhalb von zehn Jahren realisieren will. Es ist eine sehr komplexe Aufgabe. In den letzten eineinhalb Jahren erhielten wir von der Verwaltung, die sich mit dem Ausbau der Velorouten beschäftigt, das Signal, sie würde nicht auf grosse Projekte in der Planung der Velorouten warten, sondern pragmatisch vorgehen. So kann es schneller gehen und der Ausbau der Velorouten mit kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen vorangetrieben werden. Das wird entsprechend im Richtplan abgebildet. Es geht nun um Stellen bei der Dienstabteilung Verkehr (DAV). Die DAV ist verantwortlich für Verkehrsanordnungen wie die Änderung von Signalisationen oder Markierungen. Ursprünglich waren zwei Stellen vorgesehen, also 200 000 Franken. Weil es aber länger dauert, bis die Stellen besetzt werden können, geben wir uns mit 100 000 Franken zusätzlich im Budget 2022 zufrieden. Der Antrag wird entsprechend abgeändert. Die Verbesserung des Veloroutennetzes in der Stadt ist dringend notwendig.

**Severin Pflüger (FDP):** Ich glaube, Sie wählen hier die falsche Vorgehensweise. Sowohl in der Stadtverwaltung als auch im DAV, im Tiefbauamt und im Gesundheits- und Umweltdepartement haben wir Veloverantwortliche, um den Ausbau des Velonetzes schneller voranzutreiben. Ich möchte Sie an dieser Stelle aber mit dem Prinzip des abnehmenden Grenznutzens vertraut machen. Es wird nämlich nicht mit jedem zusätzlichen Veloverantwortlichen schneller gehen. Ich zeige das anhand eines Beispiels: Man hat eine Weide mit zehn Kühen, die Milch für 100 Kilo Käse geben. Wenn Sie jetzt auf die gleiche Weide 20 Kühe stellen, dann geben die 20 Kühe Milch für 200 Kilo Käse. Irgendwann ist die Weide aber zu klein für noch mehr Kühe, und man erhält nicht mehr mehr Käse. Genau das ist das Problem; Sie möchten Velobeauftragten um Velobeauftragten einstellen und am Schluss stehen sich die Velobeauftragten in der Stadtverwaltung auf den Füssen herum, ohne, dass dabei ein Veloweg entsteht. Sie sprachen davon, dass Sie aus der Verwaltung gehört hätten, es brauche noch ein oder zwei Velobeauftragte mehr. Ich hingegen höre Stimmen aus der Verwaltung, die sagen, die zusätzlichen Velobeauftragten seien für die Füchse und würden die Realisierung der Velowege mühsamer und nicht besser machen. Eigentlich sollten Sie das Problem vereinfachen, aber möchten jedes Jahr noch einmal zwei, drei oder vier Stellen für das Velo schaffen, damit Sie behaupten können, Sie hätten etwas für das Velo getan. Auch nächstes Jahr werden wieder zwei Stellen für Veloplanungen geschaffen. Mit diesem Vorgehen werden wir 2040 nicht mehr Velowege, sondern 50 Personen in der Verwaltung haben, die sich um den Bau von Velowegen kümmern. Lassen Sie uns lieber Farbe kaufen, um das Gelb zu markieren, als Leute anzustellen, die sich überlegen, wo man Gelb markieren könnte.



**Sven Sobernheim:** *Wir schufen mit dem Nachtragskredit 1 letzten Sommer drei neue Stellen in der DAV und sind nun an einem Punkt, wo wir sagen müssen: Es braucht nicht mehr Stellen zur Schaffung von Velorouten, sondern eine Priorisierung im DAV. Wenn Sie vor ein bis zwei Wochen das Tagblatt aufschlugen, sah man einen ganzseitigen Bericht, in dem das DAV ihre eigene Publikation erklärte. Ich zog aus der Publikation aber ein anderes Fazit als die DAV und folgerte, dass es dort keinen Parkplatz mehr geben wird. Das DAV kümmert sich darum, Mischverkehrsflächen aufzuheben. Dies tun sie beispielsweise am inneren Rücken in Seebach, indem sie nicht die Signalisation Mischverkehrsfläche entfernen, sondern ein «Velo gestattet» anbringen. Eigentlich ändert sich an der Aussage der DAV nichts, aber es wird rechtlich irgendwie besser. Es braucht nicht mehr Stellen, sondern einfachere und schnellere Prozesse und mehr Mut, um einfach mal zu machen. Hier landen wir aber wieder bei der gleichen Diskussion: Solange wir den Konflikt mit dem Kanton haben, werden wir keinen Schritt weiterkommen, unabhängig davon, ob 10 oder 15 Leute beim Kanton sitzen und sagen, es gehe nichts weiter. Wir brauchen mehr Mut, mehr Entscheidungen und nicht mehr Stellen. Geben Sie den Menschen mehr Rückhalt, aber nicht noch einen Arbeitskollegen mehr.*

S. 227	<b>25</b>	<b>SICHERHEITSDEPARTEMENT</b>				
	<b>2555</b>	<b>Dienstabteilung Verkehr</b>				
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>055.</b>	Antrag Stadtrat				11 548 100 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP)
				100 000	11 648 100 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Schaffung einer Stelle zur beschleunigten Realisierung des Veloroutennetzes (Erstellung bis 2030)			

Markus Knauss (Grüne) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 100 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.





41 / 41

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 176, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat